
© Robert Ide/TSP

T+ DDR-Bürgerrechtler Martin Böttger „Sahra Wagenknecht ist nur eine Künstliche Intelligenz“

Er hat eine ostdeutsche Petition gegen die neue Partei initiiert. Im Interview begründet er den Vorstoß, erzählt von der Seelenlage in Sachsen und seinen Protesten gegen die DDR und gegen Neonazis.

Von Robert Ide
Heute, 11:43 Uhr



Herr Böttger, was ist mit den Ostdeutschen los?
Wenn ich das wüsste. Mich hat die Landkarte der letzten Wahlen auch sehr überrascht. Die alte Grenze zwischen DDR und Bundesrepublik war genau zu sehen und fast der ganze Osten war AfD-blau. Aber Populismus ist kein ostdeutsches Phänomen. Schauen Sie nach Frankreich, Holland, Österreich. Im Prinzip hat Wladimir Putin die Europawahlen gewonnen, weil die ihn unterstützenden Parteien zulegen konnten.

Laut Umfragen kommen die in Teilen rechtsextreme AfD und das populistische Bündnis Sahra Wagenknecht bei den ostdeutschen Landtagswahlen auf die Hälfte der Stimmen. Haben Sie Angst vor einer politischen Neusortierung?

Es geht um den Kern der Demokratie. Aber ich persönlich habe keine Angst. Kürzlich habe ich mit einer Freundin aus der DDR-Opposition gescherzt: Wenn die AfD in Sachsen regiert, womöglich mit dem BSW, gehen wir wieder in den Untergrund. Ich bleibe auf jeden Fall hier und lasse mir meine Heimat nicht kaputtmachen.

> *Linke und noch dazu nationalistische Populisten sind auch gefährlich, weil sie die Leute blenden.*
>
> **Martin Böttger** über seine Petition gegen das Bündnis Sahra Wagenknecht

Sie haben eine deutschlandweit beachtete Petition ehemaliger Bürgerrechtler gegen Wagenknechts Bündnis initiiert. Darin warnen Sie vor Koalitionen mit dem BSW und fordern eine Abgrenzung vom „nationalen Sozialismus" der Partei. Welche Reaktionen auf Ihren offenen Brief haben Sie überrascht?
Dass er so viele überrascht hat. Gegen den Rechtsextremismus gibt es viel Widerstand, da wehrt sich die Zivilgesellschaft. Aber linke und noch dazu nationalistische Populisten wie die von Wagenknecht sind auch gefährlich, weil sie die Leute blenden. Es ist ein Märchen, dass man soziale Gerechtigkeit erreicht, wenn man Migranten vergrault.

Sie werfen Wagenknecht vor, in Sachen Ukraine-Krieg gezielt zu lügen.
Eigentlich denkt man ja, dass gerade Ostdeutsche gegen Lügen sensibel sein müssten. Viele sagen aber: Im Krieg wird sowieso immer gelogen. Ich habe mir Wagenknechts letzte Sendung mit Maybrit Illner angesehen, als sie zum russischen Bombenangriff auf das Kinderkrankenhaus in Kiew meinte: Na, ob das alles so stimmt? Dabei hatte die UN längst russische Raketenteile identifiziert. Leider hat die Moderatorin nicht eingegriffen.

Ist Sahra Wagenknecht ein Medienphänomen?
Tja, sagen Sie's mir! Ich habe keine Ahnung, warum sie trotz vieler Unwahrheiten ständig in Talkshows zur Ukraine eingeladen wird. Sie war nicht einmal in dem Land bisher. Ich fahre jetzt wieder in die Ukraine, weil Zwickau eine Städtepartnerschaft mit Wolodymyr in der Westukraine hat. Wir bringen regelmäßig Klamotten, Spielsachen, Schlafsäcke hin, seit Kriegsausbruch auch Generatoren und Medikamente. Wenn sich Frau Wagenknecht für die Menschen in der Ukraine interessieren würde, könnte Sie sich da mal blicken lassen. Warum tut sie es nicht? Die Frage wird ihr in den Medien nie gestellt.



Sahra Wagenknecht in dieser Woche bei einer Wahlkampf-Kundgebung in Zwickau.
© AFP/Jens Schlueter

Was finden Sie gefährlich am Bündnis Sahra Wagenknecht?
Zunächst ist das eine Ein-Personen-Partei, das ist kaum demokratisch. Und diese eine Person ist nicht glaubwürdig. Ich sage mal sarkastisch: Sahra Wagenknecht ist nur eine Künstliche Intelligenz. Ihr Lächeln und ihre gespielte Kompetenz, Probleme zu lösen, sind künstlich. Ihre Intelligenz setzt sie nur ein, um Menschen falsche Tatsachen vorzuspiegeln. Mit ihrer Medienkompetenz verführt sie die Leute. Aber wenn sie einmal regieren sollte, werden alle merken: All das, was sie verspricht, kann sie nicht halten.

Müssten Sie dann nicht eher an die emotionale Intelligenz der Leute appellieren?
Ein guter Gedanke: Wie erreichen wir das Herz der Menschen? Wir sollten mehr erzählen, was mit den unschuldigen Kriegsopfern in der Ukraine passiert. Bei unserer letzten Fahrt nach Wolodymyr habe ich Kindern mein Cembalo geschenkt. Sie wünschen sich Instrumente, um sich vom Leiden abzulenken.

> *Warum viele im Erzgebirge auf Flüchtlinge schimpfen, verstehe ich nicht: Hier gibt es kaum welche.*

Martin Böttger über die Migrationspolitik in Sachsen

Was sagen Sie Ihren Landsleuten in Sachsen, die meinen: Wir wollen einfach Frieden und nicht noch mehr Kriegsflüchtlinge hier.
Die Menschen sind überfordert von der unruhigen Welt. Aber

warum viele im Erzgebirge auf Flüchtlinge schimpfen, verstehe ich nicht: Hier gibt es kaum welche. Ich kenne genug Firmen, die händeringend Arbeitskräfte suchen. Ein Tiefbauer hat mir erzählt, dass er einen Iraker eingesetzt habe für schwere Tätigkeiten, ein fleißiger Mann, den er gern behalten hätte. Doch nach einem halben Jahr sollte er zurück.

Aber viele Schulen haben auch kaum noch Platz für die Flüchtlingsklassen.
Ja, dann muss sich Deutschland darum kümmern und nicht in Ängste verfallen. Aber es ist leider so: Je weniger Fremde man hat, desto mehr Angst hat man vor ihnen.

Zur Person

Martin Böttger, 77, ist einer der bekanntesten Bürgerrechtler in Sachsen. Gemeinsam mit Dutzenden anderen ehemaligen DDR-Oppositionellen wandte er sich in einem **Offenen Brief gegen das „Bündnis Sahra Wagenknecht“**. Der Physiker war in der DDR in der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ und später im „Neuen Forum“ aktiv. Nach seinem Umzug von Ost-Berlin nach Zwickau kurz vor dem Umbruch organisierte er im Erzgebirge Demonstrationen für Demokratie und engagierte sich nach der Einheit **gegen Rechtsextremismus**. Erst vor kurzem gab er seine lokalpolitischen Ämter für Bündnis 90/ Die Grünen ab.

Sahra Wagenknecht hat Ihnen vorgeworfen, Bürgerrechtler wie Sie hätten den Kontakt zum Volk verloren.
Ja, aber auf die einzelnen Vorwürfe der Lüge ist sie nicht eingegangen. Und für dieses Interview hier war die sächsische BSW-Spitzenkandidatin Sabine Zimmermann als zweite Gesprächspartnerin angefragt, hat aber abgesagt. Das ist das Problem bei dieser Partei: Wenn es konkret wird, duckt sie sich weg.

→ T+ **Thüringens BSW-Spitzenkandidatin Katja Wolf** „Ich will kein Zentralkomitee“

Können Sie verstehen, dass die Ost-CDU jetzt Koalitionen mit der BSW favorisiert, aber sie mit der Linken ausschließt?
Die alte Brandmauer nach links ist nicht mehr zeitgemäß. Nach der Abspaltung von Wagenknecht sind die Vernünftigen bei den Linken übriggeblieben. Aus meiner Zeit als Abgeordneter im Stadtrat von Zwickau kenne ich die Partei. Sie hatte hier sechs Mitglieder: Die drei Ideologen sind zum BSW gegangen, mit den drei übrig Gebliebenen konnte man immer gut zusammenarbeiten.

→ T+ **Marianne Birthler im Interview** „Wagenknechts Äußerungen gefallen Putin“

Hält die Brandmauer gegen rechts?
Es gibt in Zwickau eine sehr gute Zivilgesellschaft, stark geworden im Widerstand gegen die Rechten. Und da ist die AfD fast noch harmlos. Es gibt noch viel schlimmere Gruppierungen: die Freien

Sachsen, Der Dritte Weg, die frühere Wählervereinigung „Zukunft Zwickau“. Die haben mich im Internet persönlich verleumdet.

Es gab die Behauptung, Sie hätten zu DDR-Zeiten andere Oppositionelle an die Stasi verpfiffen.
Ich bin dagegen gerichtlich vorgegangen. Sie mussten diese Lügen von ihrer Webseite nehmen, das haben sie aber nur teilweise gemacht. Immerhin hat ihnen das Landgericht Zwickau eine Strafe von 2000 Euro aufgebrummt.

Sie waren in der DDR in der oppositionellen „Initiative für Frieden und Menschenrechte“, haben das Neue Forum mitgegründet, das zum Motor der Revolution wurde. Wo ist der Mut der Menschen hin?
Leider ist aus dem Mut viel Wut geworden. Wir als Bürgerrechtler lassen uns aber nicht kleinkriegen. Wir haben wegen der Revolution ein bisschen mehr Selbstbewusstsein als andere und jammern nicht, dass wir vom Westen übernommen worden sind.

Sind die Bürgerrechtler zu weit weg von den Menschen?
Von denen, die sich stets angepasst haben, schon. Wir waren immer die Unangepassten.



Martin Böttger war mit eigenen Plakaten bei offiziellen DDR-Kundgebungen, hier am 1. Mai 1980 in Ost-Berlin. © privat

Braucht es eine neue Bürgerbewegung?
Die Klimabewegung der jungen Leute ist ja eine. Hätte die Corona-Krise das nicht ausgebremst, wären „Fridays for future“ jetzt eine bestimmende Kraft. Und auch im Osten gab es viele Demonstrationen gegen die Rechtsextremisten am Jahresanfang. Leider war das nur ein Strohfeuer.

Sie wurden in der DDR mehrmals festgenommen, weil Sie schon 1975 auf Plakaten die „Verwirklichung der Menschenrechte“

forderten. Ist dies eine Erfahrung, die vielen fehlt, um heute die Demokratie zu schätzen?
Für mich war der Protest ein Härtetest. Ich hab mich selbst vorher befragt: Kann ich das durchhalten? Nach meiner ersten Festnahme 1976 in der DDR wurde ich sechs Stunden lang verhört. Aber dann haben sie mich laufen lassen, und so probierte ich eben mehr! Das hat mich geprägt. Anfang der 2000er habe ich mich mit eigenen Plakaten gegen die Pegida-Märsche gestellt; die haben sich damals als Spaziergänger bezeichnet, aber waren in Wahrheit gegen Ausländer. Mein Plakat lautete: Flucht ist kein Spaziergang.

Sie sind kurz vor dem Umbruch von Berlin nach Zwickau gezogen. Welche Unterschiede zwischen der DDR-Hauptstadt und dem Leben im sächsischen Gebirge haben Sie erlebt?
Viele Menschen hatten stärkere christliche Wurzeln, waren staatsferner. In Sachsen haben viele an die deutsche Einheit geglaubt. Hier wurde aus „Wir sind das Volk" schnell der Ruf „Wir sind ein Volk".

Trägheit ist die größte Gefahr unserer Demokratie.

Martin Böttger

Sie haben 40 Jahre in der DDR gelebt. Können Sie nachvollziehen, warum viele junge Leute heute vom Fahren auf Simson-Mopeds schwärmen oder sich in die Pionierlager träumen, in denen ihre Eltern waren?
Jeder braucht Identifizierung, also sind viele eben typisch ostdeutsch. Aber meine fünf Kinder haben das nicht, da trauert keiner der DDR nach, sie haben auch westdeutsche Partnerinnen und Partner. Was die Simson betrifft: Junge Leute fahren gerne Moped, und die Mopeds aus dem Osten waren gut. Ich habe eine MZ, die ist 30 Jahre alt und fährt immer noch.

Zuletzt gab es in Zwickau ein Simson-Nostalgietreffen, von dem hinterher viele rechtsextreme Zwischenfälle bekannt wurden.
So etwas geschieht hier seit den 90ern. 1992/93 gab es rechte Aufmärsche in Dresden. Ich bin hingefahren und habe die Leute gefragt, warum sie dort mit DDR- und Nazi-Fahnen rumlaufen. Eine Frau hat mir geantwortet: Wir sind Faschisten.



Martin Böttger geht regelmäßig gegen rechte Umzüge auf die Straße, hier im November 2013 im sächischen Schneeberg gegen eine NPD-Kundgebung. © privat

In ihrer Heimatstadt Zwickau ist die rechte Terrorzelle NSU aufgeflogen, immer wieder gibt es rechtsextreme Angriffe in Sachsen. Ist Ihr Bundesland auf dem rechten Auge blind?
Sieht ganz so aus. Das geht auf den ersten Landesvater Kurt Biedenkopf zurück, der meinte: Die Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus. Ministerpräsident Michael Kretschmer macht es genauso: Er redet den Leuten nach dem Mund. Aber das ist nicht die Aufgabe gewählter Politiker.

In Zwickau wurde ein Gedenkbaum für Enver Şimşek, das erste Mordopfer des NSU, von Unbekannten abgesägt. Wie hat die Zivilgesellschaft darauf reagiert?
Sehr solidarisch. Am nächsten Tag kamen hunderte Leute zu einer Mahnwache. Wir haben einen neuen Baum gepflanzt, eine Kastanie aus meinem Garten. Dieses Gedenken vernichten zu wollen, war wie ein zweiter Mord an dem Opfer. Viele haben das verstanden und mitgefühlt. Gegen Rechtsextremismus braucht es klare Zeichen. Trägheit ist die größte Gefahr unserer Demokratie.

Wir haben im Osten nichts über Ökonomie gewusst.

Martin Böttger über die Enttäuschungen nach der deutschen Einheit.

Welche Fehler wurden bei der Vereinigung gemacht?
Die Währungsumstellung zum Kurs 1:1 war fatal. So viel war die Ost-Mark nicht wert. Fortan sollten die DDR-Betriebe ihre Mitarbeiter mit Westgeld bezahlen, das sie nicht erwirtschaften konnten. Als die DDR noch Waren für 100 Ostmark hergestellt und in den Westen

exportiert hat, wurden die dort höchstens für 25 Westmark angeboten. Mit der Währungsunion war alles angeblich gleich viel wert. Also haben die Leute lieber Westsachen für das Geld gekauft – und ihre Ost-Betriebe mussten dicht machen, weil sie die höheren Löhne nicht zahlen konnten. Wir haben im Osten nichts über Ökonomie gewusst. Dass sich in der Marktwirtschaft die Preise nach Angebot und Nachfrage richten, hat uns keiner beigebracht.

Wo haben Sie nach dem Umbruch gearbeitet?
Beim Arbeitsamt. Ich bin nur hingegangen, weil ich meinen Job als Programmierer in der Textilindustrie verloren hatte. Aber die haben gesagt: Bleiben Sie gleich hier, Sie können die Arbeitslosen zählen. Da hatte ich viel zu tun.

Gab es was Gutes an der DDR?
Dass sich jeder selbst helfen musste. Jeder musste seinen Trabant selbst reparieren, auch wenn er nicht Automechaniker gelernt hatte. In der Schule gab es Unterricht in der Produktion. Junge Leute haben gelernt, wie man eine Wand mauert oder ein Stromkabel verlegt.

Sie selbst haben nach dem Studium als Physiker gearbeitet.
Für das Bauwesen habe ich statische Berechnungen gemacht: Wie viel Last hält eine Brücke aus? Ich hab in Karl-Marx-Stadt Computersysteme entwickelt, die westdeutschen IBM-Großrechner nachgebaut. Später habe ich in Berlin für die DDR-Tankstellenfirma Minol den Bedarf an Benzin kalkuliert. Wir haben auch die erste Tankkarte erfunden, mit der man elektronisch zahlen konnte, die lief über kleine Disketten.

Angela Merkel war auch eine Physikerin. Versteht man so vielleicht die Politik besser?
Man weiß zumindest, dass es Naturgesetze gibt, die man nicht ändern kann. Aber man kann sie ausnutzen. Man kann berechnen, was passiert, wenn man experimentiert und zum Beispiel eine neue Substanz reinmischt. Manchmal fliegt einem das natürlich um die Ohren.

Welches Experiment haben die Bürgerrechtler falsch eingeschätzt?
Wir haben das Tempo der Einheit unterschätzt.



Bürgerrechtler Martin Böttger ist gerade in den politischen Ruhestand gegangen.
© Robert Ide/TSP

Herr Böttger, was ist für Sie wichtiger: Frieden oder Freiheit?
Beides ist gleichrangig. Ohne Freiheit ist Frieden nur eine unterdrückte Friedhofsruhe.

Sie sind wegen der Militarisierung der DDR aus der Jugendorganisation FDJ ausgetreten, haben als Bausoldat den Armeedient an der Waffe verweigert. Und nun sind Sie für Waffenlieferungen an die Ukraine. Wie passt das zusammen?
Ich werde als Kriegstreiber hingestellt, weil ich nicht will, dass die Ukraine kapituliert. Dabei hat Putin schon angekündigt, was er dann tun würde: eine angebliche Entnazifizierung. Dann wird es wieder Lager für missliebige Menschen geben. Was wäre das für ein Frieden?

Was wäre das Beste, was bei den ostdeutschen Wahlen passieren kann?
Dass die demokratischen Parteien ein gemeinsames Gegengewicht bilden gegen die Nationalisten. Leider ist die CDU im Osten gespalten, die Hälfte von denen würde es gern mit der AfD versuchen. Bei uns hier in Zwickau unterstützen sie sich manchmal gegenseitig im Stadtrat. So soll das Stadttheater nach einem gemeinsamen Beschluss der beiden Parteien nicht mehr in Werbebroschüren gendern. Der Theaterintendant hält sich aber nicht dran und beruft sich auf die Kunstfreiheit.

Und was wäre das schlimmste Ergebnis bei den Wahlen?
Dass Sachsen eine russische Kolonie wird.

Meinen Sie das ernst?
Nun, Sahra Wagenknecht fordert ja immer Friedensverhandlungen. Da sie die freie Ukraine nicht zwingen kann, den Donbas abzugeben, soll sie eben aus Sachsen eine russische Enklave wie Kaliningrad

machen. Ich bin gespannt, wie toll die Leute das dann noch finden würden.

Zur Startseite

